

**Leitsätze
zur Europawahl 1994
der Freien Demokratischen Partei**

„Für ein europäisches Deutschland“

(Beschlossen auf der Bundesvertreterversammlung
in Hannover am 22. Januar 1994)

Für ein europäisches Deutschland.

**Leitsätze der
F.D.P. zur
Europawahl
1994.**



Beschluß

**4. Bundesvertreterversammlung
der F.D.P., Hannover,
22. Januar 1994**

**Leitsätze der F.D.P.
zur Europawahl 1994**

Im Namen der Freiheit: Wir brauchen Europa.

“Nichts wird so sein, wie es war - nicht im Osten, aber auch nicht im Westen.” Diese Worte von Hans-Dietrich Genscher einen Tag vor dem Fall der Mauer am 9. November 1989 gelten heute für Europa ebenso wie für das wiedervereinte Deutschland. Deutschland und Europa durchlaufen einen tiefgreifenden Wandlungsprozeß. Die F.D.P. hat diesen Wandel und die damit verbundenen historischen Chancen als erste erkannt. Wir Liberale wollen die Teilung Europas endgültig überwinden und den Weg in eine gemeinsame europäische Zukunft unumkehrbar machen. **Wir wollen das liberale Europa: Demokratisch, marktwirtschaftlich, sozial und weltoffen.**

Seit ihrer Gründung hat die Europäische Gemeinschaft nicht nur zu einem starken Zusammenwachsen der Wirtschaft, sondern auch zu einer vertieften politischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten beigetragen. Die Europäische Union (EU) bietet den besten Rahmen, die jeweiligen nationalen Interessen der Mitglieder friedlich und zum gegenseitigen Nutzen in Übereinstimmung zu bringen. Krieg unter den Mitgliedern der Europäischen Union ist heute nicht mehr vorstellbar. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis einer Politik, die nationale Interessen nicht gegen Europa ausspielt, sondern davon ausgeht, **daß die Interessen Deutschlands nirgendwo besser berücksichtigt werden können als in der Europäischen Friedens-, Stabilitäts- und Wohlstandsgemeinschaft.**

Zur europäischen Integration gibt es deshalb für uns keine Alternative. Nur in einem vereinten Europa kann der Friede auf Dauer gesichert werden. Nur ein vereintes Europa kann im Wettbewerb der Kontinente erfolgreich bestehen. Nur in einem vereinten Europa können wir die zentralen Herausforderungen der Zukunft bewältigen: den Schutz der Umwelt, die technologischen Erneuerungen der Wirtschaft, die Kontrolle der Zuwanderung und den Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Deshalb lehnt die F.D.P. mit aller Entschiedenheit jeden Rückfall in Kleinstaaterei und Nationalismus ab. Sie betrachtet den gegenwärtigen Stand des europäischen Integrationsprozesses nicht als endgültig. In der Europäischen Union gibt es noch viele ungelöste Probleme. Aber die Entscheidung für Europa ist für uns unumkehrbar. Wir wollen die Einheit Europas in Freiheit vollenden.

Die F.D.P. hat maßgeblich zur Entwicklung der europäischen Integration beigetragen. Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff, Martin Bangemann und Klaus Kinkel stehen für die Kontinuität des Erfolgs liberaler Europapolitik. Sie haben den Weg zur Europäischen Union entscheidend mitgeprägt. **Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich stärkstes Land in der Mitte Europas mit den meisten Nachbarn und großer Exportabhängigkeit haben wir an Europa und am Erfolg des europäischen**

Einigungsprozesses ein existentielles Interesse. Die Europäische Gemeinschaft hat gerade uns Deutschen neben wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand auch Frieden, Sicherheit und einen festen Platz in der Völkergemeinschaft gebracht. Ohne unsere Mitglieder in der EG wäre die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen.

Wir Liberale wollen Mut für Europa machen. Wir wollen zeigen, daß sich ein liberales Europa lohnt. Deshalb brauchen wir eine starke liberale Fraktion mit einer starken deutschen Delegation im Europäischen Parlament.

I. Mehr Arbeitsplätze durch eine offene, marktwirtschaftliche und wettbewerbsfähige Europäische Union

- 1. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze - nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen Ländern der Europäischen Union.** Rund 20 Millionen Menschen haben in der Europäischen Union keinen Arbeitsplatz. Für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze müssen wir durch mehr Flexibilität und Innovation Strukturschwäche und Rezession überwinden. Diese Aufgabe kann auf nationaler Ebene allein nicht gelöst werden, aber jedes Land muß auch selbst seinen Beitrag für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze leisten: durch Deregulierung, Privatisierung und konsequente Umweltvorsorge als Chance für Arbeitsplätze. Deutsche Arbeitsplätze müssen im Binnenmarkt wettbewerbsfähig sein; ein weltoffenes Europa muß wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt sein. Liberale treten deshalb für mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb in der Europäischen Union ein. Für Deutschland heißt das: Wir müssen das Kartell der Arbeitsplatzverhinderer aufbrechen. Für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze setzen die Liberalen auf den Mittelstand. Der Wirtschaftsstandort Deutschland muß durch Deregulierung, Bürokratieabbau, Rückführung der Subventionen, Senkung der Unternehmensbesteuerung und durch konsequenten Abbau der Verschuldung auf allen staatlichen Ebenen fit für Europa gemacht werden. Durch mehr Privatisierung, Abbau von Monopolen, Flexibilität und eine grundlegende Reform unseres sozialen Sicherungs- und Steuersystems muß der Produktions- und Investitionsstandort Deutschland in Europa wieder attraktiver werden.
- 2. Die Schaffung des Binnenmarktes am 1. Januar 1993 bedeutet den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital in einem Wirtschaftsraum mit rund 345 Millionen Verbrauchern.** Was früher Export war, ist jetzt Binnenhandel. Für unsere Wirtschaft heißt das größere Absatz- und Wettbewerbschancen, größere Produktionsvolumen und damit billigere Warenproduktion. Das er-

möglicht intensivere Arbeitsteilung und damit höhere gesamtwirtschaftliche Produktivität. Für die Bürger bedeutet der Binnenmarkt mehr Arbeitsplätze und ein vielfältigeres Warenangebot zu günstigeren Preisen. **Die F. D. P. will die Kräfte des Binnenmarktes voll für den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa nutzen.** Wir fordern deshalb, alle verbleibenden Hindernisse im gemeinsamen Markt konsequent abzubauen. Dazu gehören vor allem die noch bestehenden Hemmnisse in den Bereichen Dienstleistungen, Steuern, Umwelt und Energie. Industriepolitischer Dirigismus und milliardenschwere Nachfrageankurbelung über höhere Verschuldung haben in einem liberalen Binnenmarkt keinen Platz. Deshalb muß Bestrebungen, den Haushalt der EU mit Krediten zu finanzieren, entschieden entgegengewirkt werden.

- 3. Mit uns Liberalen wird es keine "Festung Europa" geben.** Nur offene Märkte schaffen mehr Arbeitsplätze und größeren Wohlstand. **Deshalb muß Deutschland auch weiterhin Vorreiter bei der Liberalisierung in Europa und in der Welt sein.** Marktöffnung und verstärkter Wettbewerb fördern die Umstellung auf neue Produkte und Produktionsverfahren. Das sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und schafft neue Arbeitsplätze. Wo die Umstellung auf den offenen Wettbewerb durch Protektionismus und Subventionen verhindert worden ist, haben wir heute die größten Probleme für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Trotz oder gerade wegen EG-weiter Dauersubventionen für die Bereiche Agrar, Kohle und Stahl haben diese Wirtschaftszweige an Wettbewerbsfähigkeit verloren, nicht gewonnen. Subventionen hemmen die Anpassungsfähigkeit und Innovationsfreude von Unternehmen und verzerrten den Wettbewerb zum Nachteil mittelständischer Betriebe. Deshalb tritt die F.D.P. dafür ein, die Agrar-, Kohle- und Stahlpolitik der Europäischen Union von Grund auf zu reformieren und die Subventionen europaweit, aber auch weltweit abzubauen. Die F.D.P. begrüßt den erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde des GATT. Hinzukommen muß nun die Schaffung eines internationalen Kartellrechts sowie einer internationalen Wettbewerbsordnung.
- 4. Dem Westen Europas kann es nicht gut gehen, wenn es dem Osten auf Dauer schlecht geht.** Offene Märkte und freier Handel sind die wirksamste Hilfe zur Selbsthilfe und für den Erfolg der Reformen in Mittel- und Osteuropa unerlässlich. Für mehr Arbeitsplätze - vor allem in Ostdeutschland - brauchen wir wachsende Märkte unserer Nachbarstaaten. Mittel- und Osteuropa ist eine Region mit großem Wachstumspotential direkt vor unserer Haustür. **Der Erfolg der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung in Mittel- und Osteuropa muß daher ein elementares Interesse der Europäischen Union sein.** Handelsschranken gegen Importe aus Mittel- und Osteuropa brau-

chen beim Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen volle Unterstützung. Ihnen muß eine konkrete Perspektive für den Beitritt zur Europäischen Union gegeben werden. Dabei müssen vor allem die am weitesten entwickelten Staaten im Mittelpunkt stehen.

5. **Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist die konsequente Weiterentwicklung des Binnenmarktes.** Erst mit einer gemeinsamen Währung kann der Binnenmarkt seine vollen wirtschaftlichen Kräfte entfalten. Für die Bürger bedeutet die WWU den Wegfall von Konvertibilitäts- und Wechselkursrisiken. Allein der Umtausch von elf europäischen Währungen kostet die Bürger der Europäischen Union jährlich viele Milliarden D-Mark zusätzlich. Für Liberale muß die europäische Währung mindestens so stabil sein wie die D-Mark. Die Voraussetzung dafür ist die strikte Einhaltung der vereinbarten Konvergenzkriterien (Preisstabilität, Konsolidierung der Staatsfinanzen, Stabilisierung der langfristigen Zinssätze) und die Unabhängigkeit einer eindeutig auf Wahrung der Geldwertstabilität verpflichteten Europäischen Zentralbank. Die WWU ist Ansporn für alle Mitgliedsstaaten einschließlich Deutschland zu einer stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik und damit zur Konvergenz der Wirtschaftspolitik in Europa insgesamt. Die Bundesregierung muß vor dem Übergang zur dritten Stufe der Währungsunion die Zustimmung des Deutschen Bundestages einholen, daß die Konvergenzkriterien nicht aufgeweicht, sondern tatsächlich erfüllt sind. Bei der Stabilität des Geldes darf auch nicht das kleinste Risiko für den Bürger zugelassen werden. Die Liberalen setzen sich deshalb konsequent für die Stabilität einer künftigen europäischen Währung ein.

6. Die meisten Länder der Europäischen Union sind im internationalen Vergleich Hochlohnländer. Das wird sich nicht ändern. Wenn die Europäische Union den Wettbewerb der Kontinente erfolgreich bestehen will, muß sie deshalb auf technisch hochwertige Produkte setzen. **Forschung und Technologie sind daher Schlüssel für Europas Zukunft.** Die F. D. P. will, daß Europa in Ausbildung, Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer Technologien weltweit an der Spitze bleibt. Dafür müssen wir europaweit die Kooperation im Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbereich forcieren. Dazu gehört die Förderung von Wissens- und Technologietransfer, die Schaffung europäischer Hochschul- und Forschungsnetze und die Verbesserung des Wissenschaftler austausches. Unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips sollte vor allem Grundlagenforschung, die auf nationaler Ebene allein nicht finanziert werden kann, durch europäische Forschungsförderung unterstützt werden. Forschungsergebnisse müssen europaweit in einfacher Weise verfügbar sein. Bei der Forschungs-

förderung müssen bürokratische Hindernisse für kleine und mittlere Unternehmen ausgeräumt werden. EG-Forschungsprogramme müssen entbürokratisiert und durch parlamentarische Mitwirkung größere demokratische Basis erhalten. Es kann nicht angehen, daß gerade in einer Zeit der Rezession und verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten die Kernbereiche Forschung und Technologie Opfer drastischer Einsparbeschlüsse sind.

7. Für die dauerhafte Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die marktwirtschaftliche Grundordnung der Europäischen Union unverzichtbar. Beim nachhaltigen Schutz der Umwelt muß die Europäische Union Vorbild sein. Auch die Erhaltung des natürlichen Charakters der jeweiligen Kulturlandschaft sollte Anliegen europaweiter Umweltschutznormen sein. Der Binnenmarkt erfordert eine europäische Umweltpolitik mit strengen, den Wettbewerb nicht verzerrenden Standards. **Liberale fordern eine ökologische Weiterentwicklung der Marktwirtschaft, die durch Stärkung der Eigenverantwortung, des Verursacherprinzips und umweltgerechterer Wirtschaften einen wirksamen Umweltschutz gewährleistet.** Auch bei der europäischen Umweltvorsorge setzt die F.D.P. auf eine breite Palette marktwirtschaftlicher Ordnungsinstrumente. Vor allem müssen durch eine ökologische Weiterentwicklung des Steuersystems und den Abbau von Überregulierung in der Umweltpolitik neue Anreize für umweltfreundliches Verbrauchsverhalten sowie die Entwicklung von umweltfreundlichen Produkten und Technologien geschaffen werden. Das fördert Zukunftsbranchen mit neuen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Die F. D. P. setzt sich für mehr Transparenz und strenge Überprüfung der Umweltverträglichkeitsrichtlinien bei den gemeinschaftlichen Förderkonzepten der Strukturfonds ein.

8. **Für die Sicherung und Schaffung von umweltgerechten Arbeitsplätzen, für sparsamen Energieverbrauch und für die Schaffung hoher Umweltstandards brauchen wir europaweite Lösungsansätze.** Dazu gehört eine intensive Zusammenarbeit in der Abfallwirtschaft zur Vermeidung von Mülltourismus und zur Bekämpfung von Umweltkriminalität und eine EU-weite Verpackungsverordnung, die die in der Verpackungsordnung vom 12. Juni 1991 festgelegten quantitativen Anforderungen an Erfassungssysteme und Sortieranlagen nicht unterschreitet. Außerdem brauchen wir die Harmonisierung und EU-weite Verteuerung des Schwerlastverkehrs durch Einführung einheitlicher Straßenbenutzungsgebühren sowie steuerliche Angleichung z.B. bei der Mineralölsteuer. Wir fordern eine EU-weite CO₂-Energiesteuer. In der Energieversorgung Europas sollten über längere Sicht die Anteile sog. fossiler Brennstoffe, die die Umwelt er-

hehlich belasten, wie auch der Kernenergie, deren Abfallentsorgung in Europa immer noch nicht endgültig gelöst wurde, verringert werden. Demgegenüber ist der Anteil der sog. erneuerbaren Energieformen an der europäischen Energieversorgung entscheidend zu erhöhen.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß das Ziel des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zugunsten der europäischen Bürger und der künftigen Generationen in der zukünftigen europäischen Verfassung verankert wird.

9. **Der gemeinsame Markt mit seinen Vorteilen für Verbraucher und Produzenten setzt leistungsfähige und preiswerte Verkehrssysteme voraus.** Deutschland hat als Transitland Nr. 1 in Europa aufgrund besonders hoher Belastungen und Kosten für Sicherheits- und Sozialstandards ein großes Interesse an einer abgestimmten europäischen Verkehrspolitik. Unter strikter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sind nationale Vorschriften durch eine weitere Politik der Deregulierung abzubauen, die Wettbewerbsbedingungen dringend zu harmonisieren sowie bessere Rahmenbedingungen für den kombinierten Verkehr, insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr, zu schaffen, um somit eine Optimierung der Transportleistungen in Europa zu ermöglichen.
10. **Für die Akzeptanz der Europäischen Union durch die Bürger ist eine konsequente, aber behutsame Entwicklung der sozialen Dimension der Gemeinschaft unerlässlich.** Der offene Wettbewerb ist der beste Motor für den wirtschaftlichen Aufschwung der weniger entwickelten Regionen. Das Instrument europaweiter Mindestvorschriften hat sich grundsätzlich bewährt. Dabei ist bürokratischer Aufwand zu vermeiden und mehr Flexibilität im Interesse der Wirtschaft und Beschäftigten nötig. Die F.D.P. lehnt über Mindestvorschriften hinausgehende Festschreibungen von Sozialleistungsniveaus ab. Den weniger entwickelten Mitgliedsstaaten muß die Möglichkeit geboten werden, ihre Sozialsysteme im Einklang mit ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten aus eigener Kraft fortzuentwickeln. Eine Angleichung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus in Europa entsteht am besten im Wettbewerb verschiedener Systeme. Eine Überforderung der Mitgliedsländer mit weiterentwickelten Sozialleistungssystemen durch zusätzliche Transferleistungen darf nicht stattfinden. Ein extensiver Sozialleistungsexport und ein Ausnutzen der unterschiedlichen Sozialleistungsniveaus in der Gemeinschaft (z.B. beim Kindergeld) muß ebenso vermieden werden wie eine weitergehende Abschaffung des Territorialitätsprinzips.

II. Durch mehr Bürgernähe und mehr Demokratie zum Europa der Bürger

1. Für Liberale ist die Europäische Union mehr als nur eine Wirtschafts- und Währungsunion. Deutschland ist den anderen Mitgliedsstaaten nicht nur durch ein gemeinsames Wertesystem und gemeinsame kulturelle Wurzeln verbunden, sondern wir tragen auch eine gemeinsame Verantwortung z.B. in der Außen- und Friedenspolitik, in der Handelspolitik, in der Entwicklungspolitik und in der Umweltpolitik. **Liberale wollen daher eine echte politische Union. Diese darf aber kein zentralistischer Superstaat sein, sondern muß ein demokratischer Bundesstaat werden.** Hierbei kommt dem im Maastrichter Vertrag verankerten Subsidiaritätsprinzip eine zentrale Bedeutung zu. Subsidiarität heißt für Liberale: politische Entscheidungen möglichst nah am Bürger. Nur so können wir das Europa der Bürger verwirklichen. Wir brauchen eine klare Kompetenzzuweisung für die regionale, nationale und europäische Ebene nach eindeutigen Kriterien. Entscheidungen auf Gemeinschaftsebene sind nur dann nötig, wenn die angestrebten Ziele von einem Mitgliedsstaat oder einer Region nicht erreicht werden können. Richtig verstandene Bürgernähe sichert dezentrale Entscheidungen und verhindert, daß Entscheidungsverantwortung routinemäßig und ohne Ansehen des wirklichen Regelungsbedarfs auf höhere Ebenen verlagert wird. Subsidiarität stärkt Dezentralisierung, Wettbewerb und Eigenverantwortung. Umgekehrt darf das Subsidiaritätsprinzip aber nicht dazu mißbraucht werden, jeden Fortschritt im Einigungsprozeß abzublocken und in Nationalismus oder Regionalismus zurückzufallen. Die Einklagbarkeit des Subsidiaritätsprinzips vor dem Europäischen Gerichtshof stellt die vollen demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürger bei der europäischen Integration sicher.
2. Konsequente praktizierte Subsidiarität bedeutet auch die systematische Überprüfung und den Abbau von Bürokratie auf Gemeinschaftsebene sowie die **Entrümpelung von überflüssigem Gemeinschaftsrecht.** Dabei ist darauf zu achten, daß Recht und Verwaltung den Bürgern zu dienen haben, anstatt sie unnötig zu belasten oder einzunengen. Bürokratie muß in erster Linie bürgerfreundlich sein.
3. **Die Europäische Union muß endlich demokratischer werden.** Auf der 1996 vorgesehenen Revisionskonferenz, die unter der Mitwirkung des Europäischen Parlaments stattfinden sollte, müssen substantielle Demokratisierungsfortschritte erreicht werden. Die F.D.P. will, daß die Rechte und Kompetenzen des Europäischen Parlaments und die Kooperation mit den nationalen Parlamenten

wesentlich gestärkt werden. Das Europäische Parlament muß die vollen Gesetzgebungsrechte und Haushaltsrechte in den Bereichen der ausschließlichen Zuständigkeit der Europäischen Union erhalten. Das Parlament braucht volles Mitentscheidungsrecht und Initiativrecht für alle Politikbereiche der Europäischen Union und muß nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt werden.

4. **Die F.D.P. fordert eine europäische Verfassung mit einem Grundrechtekatalog für europäische Bürgerrechte.** Diese Verfassung sollte vom Europäischen Parlament erarbeitet, von einer hierzu einzuberufenden verfassunggebenden Versammlung gebilligt und durch ein Referendum in allen Mitgliedsstaaten legitimiert werden.
5. Mehr Bürgernähe heißt für Liberale, daß sich auch der Bundestag und die Landtage sowie auch die kommunalen Vertretungskörperschaften in ihren Zuständigkeitsbereichen aktiv mit den sie betreffenden Fragen zu Europa wie z.B. für die Bereiche Bildung und regionale Wirtschaftsförderung an der Debatte beteiligen. Dies fordert nicht zuletzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Maastrichter Vertragswerk. **Eine "lebendige Demokratie in Europa" muß auch die Rechte der nationalen und regionalen Parlamente sicherstellen.** Auf die Interessen der deutschen Bundesländer und der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften muß in einem Europa der Regionen angemessen Rücksicht genommen werden. Dabei ist allerdings darauf zu achten, daß die Betonung von Länderinteressen nicht dazu mißbraucht wird, die außenpolitische Zuständigkeit des Bundes und damit Deutschlands Einfluß in der Gemeinschaft zu schwächen.
6. Heute wird die kommunale Ebene immer stärker von europäischen Richtlinien, Verordnungen und Programmen berührt. **Ein bürgernahes Europa bedarf daher einer starken Stellung von Kreisen, Städten und Gemeinden im Bundesstaat.** Eine Verankerung des Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung muß nach Auffassung der F.D.P. unverzichtbarer Bestandteil einer Weiterentwicklung des europäischen Rechts und letztlich einer noch zu schaffenden europäischen Verfassung sein.
7. **Die Zusammenarbeit der europäischen Staaten in der Rechtspolitik und Rechtsanwendung muß ausgebaut werden.** Nationale Grenzen dürfen nicht länger Grenzen bei der Rechtsverfolgung sein. Die gerichtliche Zuständigkeit sowie die Anerkennung und Vollstreckung von Gerichtsurteilen muß in Europa einheitlich geregelt werden. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gerichte bei Zustellungen und Kostenfragen muß zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren im

Dienste der Bürger verbessert werden. Hierzu gehört auch eine gemeinsame Fortbildung der europäischen Juristen in der praktischen Rechtsanwendung. Die F.D.P. setzt sich daher für die Förderung und den weiteren Ausbau der europäischen Rechtsakademie ein.

8. Die Zustimmung zur Europäischen Union in der Bevölkerung hängt im hohen Maße davon ab, daß die Gemeinschaft glaubwürdig zur Lösung der Probleme beiträgt, die die Menschen besonders bewegen. **Dazu gehört eine erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität.** Das organisierte Verbrechen kennt international keine Grenzen, auch nicht im Europäischen Binnenmarkt. In Europa darf es freie Fahrt nur für den Bürger, nicht aber für das Verbrechen geben. Deshalb fordern Liberale eine Europaoffensive zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Krimineller Mißbrauch der Freizügigkeit des Binnenmarktes muß durch eine Stärkung grenz-übergreifender justizpolitischer und polizeilicher Zusammenarbeit systematisch verfolgt und bestraft werden. Dafür muß EUROPOL als europäisches Kriminalamt zur Unterstützung der einzelstaatlichen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden möglichst rasch aufgebaut werden. Ihre multinationale Struktur soll vor allem einer wirkungsvollen Drogenbekämpfung dienen. Der Grundrechtsschutz des Einzelnen oder notwendige Kontrollbefugnisse dürfen durch EUROPOL nicht eingeschränkt werden. Eine effektive parlamentarische Kontrolle von EUROPOL - auch auf europäischer Ebene - ist ebenso unabdingbar wie ein umfassender Rechtsschutz eventuell Betroffener. Parallel dazu müssen die Kontrollen an den Außengrenzen verstärkt werden. Alle Mitgliedsstaaten sollten dem Schengener Abkommen beitreten. Für eine wesentliche Verbesserung der Zusammenarbeit bei der europäischen Verbrechensbekämpfung brauchen wir umfangreiche Austauschprogramme für Polizei und Staatsanwaltschaften sowie eine gemeinsame Ausbildung in einer europäischen Führungsakademie. Mit der Schaffung von EUROPOL müssen die einzelstaatlichen Rechtsgrundlagen im Polizei- und Datenschutz angepaßt und grenzübergreifender Datenaustausch sowie Fahndung und Kompatibilität der Polizeiausrüstung verbessert werden. Außerdem muß ein neues europäisches Auslieferungsabkommen mit der Angleichung des Auslieferungsrechts in Europa entwickelt werden.
9. Immer mehr Menschen versuchen unkontrolliert oder durch unberechtigte Inanspruchnahme des Asylrechts in die Europäische Gemeinschaft einzuwandern, besonders nach Deutschland. Seit 1983 hat sich diese Zahl der Asylbewerber in der Gemeinschaft fast verzehnfacht. Deutschland trägt mit circa 70% der Asylbewerber die Hauptlast der Migrations- und Flüchtlingswelle nach Westeuropa. Kein Mitgliedsland kann allein die Einwanderungs- und Asylproblematik lösen. **Deshalb fordert die F. D. P. drin-**

gend eine europäische Harmonisierung des Asylrechts und eine europäische Einwanderungsregelung. Wir brauchen materielle und verfahrensmäßig harmonisierte Standards in Europa in rechtsverbindlicher Form. Dazu gehören vor allem Garantien wie die Sicherheit, daß jeder Flüchtling wenigstens in einem EU-Staat Zugang zu einem geordneten Verfahren mit rechtllichem Gehör und der Überprüfung durch eine unabhängige Instanz hat. Weiterhin brauchen wir eine einheitliche Anwendung des Flüchtlingsbegriffs der Genfer Flüchtlingskonvention ebenso wie besondere Vereinbarungen über die Rechtsstellung von Asylbewerbern für ihren Aufenthalt. Bei Grundsatzfragen während des Verfahrens sollte der Europäische Gerichtshof einbezogen werden. Wir brauchen außerdem wirksame Kontrollen an den Außengrenzen der Europäischen Union. Bis zur Schaffung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik muß eine europäische Asylkonvention auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention entwickelt werden. Diese Konvention ist die Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung positiver und negativer Asylentscheidungen anderer Konventionsstaaten. Die F. D. P. setzt sich für eine gerechte Kosten- und Lastenverteilung von Flüchtlingen zwischen allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein.

10. Die Europäische Union ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Gerade ein weltoffenes, tolerantes und bügernahes Europa eröffnet den Menschen Chancen zur Besinnung auf gemeinsame Wurzeln zu vielfältigen kulturellen Tätigkeitsfeldern und damit zur Selbstverwirklichung durch die freie Entfaltung geistiger und schöpferischer Kräfte. **Wir müssen durch kulturellen, geistigen und künstlerischen Austausch auf allen Ebenen einen aktiven Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas leisten.** Nirgendwo ist unsere kulturelle Präsenz gerade jetzt so wichtig wie in Osteuropa. Gerade angesichts wachsender nationaler Egoismen und Intoleranz muß die Kulturpolitik zur weiteren Annäherung der Völker in Europa genutzt werden. In einem liberalen Europa ist Platz für nationale Identität, kulturelle Vielfalt und die freie Entfaltung von schöpferischer Kreativität.
11. **Europa muß in stärkerem Umfang Gegenstand von Schulunterricht und Berufsausbildung werden.** Europäische Geschichte und Sprachausbildung, Austauschprogramme und Partnerschaften, insbesondere ERASMUS und COMETT, müssen auf allen Bildungsstufen gefördert werden. Verschiedenartige Schul- und Hochschulabschlüsse müssen im europäischen Einigungsprozeß großzügig gegenseitig als gleichwertig anerkannt werden. Daher muß dafür Sorge getragen werden, daß das Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland durch umfassende Reformen

den Anforderungen eines vereinigten Europas besser begegnen kann. Dazu gehört der zügige Ausbau des Fremdsprachenunterrichts. In allen Schulformen sollte daher die Unterrichtung von mindestens zwei Fremdsprachen zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingeführt werden. Dazu brauchen wir mehr Wettbewerb und mehr Vielfalt in der Bildungspolitik.

12. Durch Austausch, Begegnung und Zusammenarbeit im Bereich des Sports wird das Zusammenleben der Bürger Europas gestärkt und die europäische Vereinigung gefördert. Die F.D.P. setzt sich für die Förderung von Sportaktivitäten im Rahmen der bereits bestehenden Städtepartnerschaften, den Austausch von Sportlern, Übungsleitern und Sportlehrern sowie die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsabschnitten, Hochschulabschlüssen und Lizenzen im Sport ein. Wir wollen ein Sportinstitut der Union und den Ausbau der Europäischen Sportkonferenz zu einem Sportparlament als Verhandlungspartner mit dem Europarat und der Europäischen Union. Die F.D.P. setzt sich für die Schaffung eines Europäischen Schulsportfestes ein, das von allen Mitgliedsstaaten reihum ausgerichtet werden sollte.

III. Durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt

1. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist Europa freier geworden. Der Sieg der Demokratie in Mittel- und Osteuropa hat neue Chancen für die europäische Einigung über Westeuropa hinaus eröffnet. Der Ost-West-Konflikt und die Angstordnung des Kalten Krieges haben aber viele andere Konflikte überlagert. Heute bedrohen eine Vielzahl regionaler Konflikte sowie massive Verletzungen von Menschen- und Minderheitsrechten den Frieden in Europa. Für die F.D.P. gilt ein erweiterter Sicherheitsbegriff, der sich nicht allein an militärischen oder Machtkriterien mißt. **Die Europäische Union hat durch das Maastrichter Vertragswerk jetzt die Möglichkeit, in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auch außenpolitisch zu gemeinsamer Sprache und Aktion zu finden.** Das betrifft die Festlegung von gemeinsamen Grundsätzen ebenso wie konkrete Aktionen zur Prävention von Konflikten und für Krisen- und Konfliktmanagement. Die F.D.P. will, daß die Gemeinschaft dieses Instrument aktiv für die Festlegung von Grundsätzen und für gemeinsames Handeln bei der Friedenssicherung, beim Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten, bei der Fortsetzung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen nutzt. Friedenssicherung in Europa auf der Grundlage eines erwei-

- terten Sicherheitsbegriffs bedeutet für Liberale in erster Linie Konfliktverhütung und die Bekämpfung von Konfliktursachen durch Schaffung angemessener Lebensgrundlagen. In zweiter Linie gehören hierzu die Mechanismen der präventiven Diplomatie, der Konfliktregelung, Streitschlichtung und nichtmilitärische Sanktionen. Nur im äußersten Fall darf die internationale Staatengemeinschaft zu militärischen Zwangsmitteln greifen. Ihre Anordnung ist allein den Vereinten Nationen durch Beschluß des Sicherheitsrates vorbehalten. Ausführende Organisationen sollen ausschließlich im UNO-Auftrag und nicht aus eigenem Recht handeln. Das gilt auch für die Europäische Union, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), das Nordatlantische Bündnis (NATO) und die Westeuropäische Union (WEU).
2. Die Europäische Union muß in der Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere in Krisenfällen, handlungsfähiger werden. **Die WEU muß zur verteidigungspolitischen Komponente der Europäischen Union weiter ausgebaut werden.** Das Eurokorps bildet den operativen Kern einer gemeinsamen europäischen Verteidigung und muß in Zukunft auch für internationale Friedensaufgaben auf der Grundlage von UNO-Beschlüssen ausgerüstet werden. Die WEU muß als europäischer Pfeiler im Nordatlantischen Bündnis nach Vertragssende 1998 in eine gemeinsame europäische Verteidigung überführt werden. Beim Aufbau einer Gesamteuropäischen Friedensregion kommt der zukünftigen Arbeitsteilung zwischen UNO, KSZE, NATO, Europäischer Union und WEU eine wesentliche Rolle zu. Die KSZE als regionale Abmachung im Sinne der UNO-Charta ist das tragende Gerüst für den Aufbau neuer kollektiver Sicherheitsstrukturen in Europa. Sie kann als einzige auf absehbare Zeit die Funktion einer übergreifenden Sicherheitsbrücke zwischen allen Staaten Europas erfüllen. Aber auch NATO, der Nordatlantische Kooperationsrat und die WEU müssen bei der sicherheitspolitischen Einbindung und Heranführung der Umbruchländer an die Europäische Union mitwirken.
 3. **Die NATO-Initiative "Partnerschaft für den Frieden"** ist ein konkreter Schritt in Richtung einer verstärkten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten. Diese Initiative der NATO sollte mit denjenigen Staaten, die das Angebot annehmen, zügig umgesetzt werden. Den mit der Europäischen Union durch Assoziationsverträge (Europa-Abkommen) verbundenen Staaten sollte im Zuge dieser immer enger werdenden sicherheitspolitischen Zusammenarbeit und bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen alsbald die **Assoziation an die WEU und eine NATO-Mitgliedschaft möglichst noch in diesem Jahrhundert angeboten werden.** Voraussetzung dafür ist die Verpflichtung, bilaterale Probleme mit den jeweiligen Nachbarstaaten vertraglich zu lösen und sich vor Inanspruchnahme von

Sicherheitsgarantien einer Schiedsgerichtsbarkeit, z.B. der KSZE, zu unterwerfen. Weitere Voraussetzung ist, daß sich kein anderes Land, insbesondere Rußland, bedroht oder ausgegrenzt fühlen darf. Die Rücksichtnahme auf legitime russische Interessen darf allerdings nicht dazu führen, daß der russischen Politik ein Veto-Recht eingeräumt wird, wenn es um die friedliche Wahrnehmung gesamteuropäischer Interessen geht.

4. Um ethnischen und religiösen Konflikten wirksam vorzubeugen und die massive Verletzung von Menschen- und Minderheitenrechten zu verhindern, brauchen wir verbindliche Regeln für das Zusammenleben ethnischer und sonstiger Gruppen (Minderheiten) innerhalb von Staaten. Das Selbstbestimmungsrecht darf andere wichtige Prinzipien des Völkerrechts nicht überlagern. Deshalb fordert die F.D.P. **die Schaffung eines für alle europäischen Staaten verpflichtenden Minderheitenschutzes im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention.**
5. **Ausbau und Vertiefung der europäischen Einigung bestimmen die Grundlinien liberaler Außenpolitik für Europa.** Die Europäische Union trägt Mitverantwortung für die schwierige Umstrukturierungs- und Anpassungsphase der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Nur die Festigung von Demokratie und Marktwirtschaft kann dauerhaft Stabilität und damit letztlich den Frieden in Europa garantieren. Als Land im Herzen Europas mit mehr Nachbarn als jedes andere europäische Land sind unsere Interessen mit denen unserer Nachbarn zwangsläufig verflochten. **Deutschland versteht sich als Anwalt seiner östlichen Nachbarn und Partner.** Für Liberale sind die "Europaverträge" der Europäischen Union mit den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa deshalb ein erster, wichtiger Schritt zur Heranführung dieser Staaten an die Union. Sie sind die Eintrittskarten für eine künftige Mitgliedschaft in der Union. Die Beitrittsverhandlungen mit den EFTA-Ländern Schweden, Norwegen, Finnland und Österreich sollten so abgeschlossen werden, daß sie am 1. Januar 1995 als neue Mitglieder der Union hinzukommen. Weitere Beitrittskandidaten sind die der Europäischen Union durch Assoziationsabkommen (Europaverträge) verbundenen Länder Mittel- und Osteuropas. Auch die baltischen Republiken und Slowenien sind Anwärter für den Abschluß derartiger Verträge. Die Mitgliedschaft dieser Länder in der Europäischen Union sollte zu einem frühen Zeitpunkt, möglichst noch in diesem Jahrhundert angestrebt werden. Parallel dazu strebt die Europäische Union eine breit angelegte freundschaftliche Partnerschaft mit Rußland, der Ukraine und Weißrußland an. Diese Länder sind Teil Europas. Das muß durch besondere Kooperationsabkommen und die Schaffung einer gesamteuropäischen Freihandelszone zum Ausdruck kommen. Für

die F.D.P. sind Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union kein Gegensatz. Auch bei einer Erweiterung muß die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft erhalten bleiben. Dazu bedarf es einer institutionellen Reform der Europäischen Union. Auch darüber muß auf der für 1996 vereinbarten Revisionskonferenz zu den Maastrichter Verträgen gesprochen werden.

6. Die Welt der Zukunft ist "Eine Welt". Diese Erkenntnis verlangt eine radikale Bewußtseinsänderung, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene. **Die traditionelle Nord-Süd-Politik muß schrittweise zu einer Weltinnenpolitik entwickelt werden, die vom Gedanken einer globalen Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft getragen wird.** Wie eng wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit und Stabilität zusammenhängen, zeigen die weltweit zunehmenden Migrations- und Flüchtlingsbewegungen. Es ist verständlich, daß manche, die tagtäglich Armut, Hunger, Verfolgung und Gewalt ohne Aussicht auf Besserung erleben, aufbrechen, um Frieden und Wohlstand zu suchen. Dieser Prozeß betrifft alle Erdteile, einschließlich Europa. Flüchtlings- und Migrationsbewegungen gefährden über kurz oder lang auch die Sicherheit und Stabilität in Europa, wenn es nicht gelingt, Frieden, wirtschaftliches Wachstum und den Schutz der Menschenrechte in den unterentwickelten Regionen der Welt zu schaffen. Die F.D.P. fordert deshalb eine globale Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft, zu der die Europäische Union einen wesentlichen Beitrag leisten muß. Eine Schlüsselfunktion kommt dabei, wie bei unseren mittel- und osteuropäischen Partnern, der Öffnung aller Märkte zu. Jede Hilfe ist sinnlos und Geldverschwendung, wenn wir den Entwicklungsländern nicht die Möglichkeit geben, ihre Produkte bei uns abzusetzen. Die Entwicklungszusammenarbeit der einzelnen Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union selbst müssen nach dem Subsidiaritätsprinzip zu einer wirksamen, an den Prinzipien von Selbsthilfe und Privatinitiative orientierten europäischen Entwicklungszusammenarbeit umgestaltet werden. Die Europäische Union muß auch bei der Umgestaltung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit durch eine Straffung und Neugliederung der entsprechenden UNO-Unterorganisationen eine größere Rolle spielen.

Impressum:

F.D.P.-Bundesgeschäftsstelle
Adenauerallee 266
53113 Bonn